

KURZBERICHTE AUS PRAXIS UND FORSCHUNG

Ausgewählte Entwicklungsprobleme der westlichen Grenzgebiete Polens

I. Einführung

Dieser Beitrag entstand aus dem Bedürfnis, zum immer größer werdenden Problem der Einbeziehung Polens in Europa und zu den daraus resultierenden Folgen in räumlicher Beziehung Stellung zu nehmen.

Polen liegt in Europa auf der Hauptachse des Landverkehrs in West-Ost-Richtung. Der Einfachheit halber kann man sagen, daß Polen zwischen drei westlichen Metropolen – zwei bestehenden (Paris und London) und einer sich entwickelnden (Berlin) – und einer östlichen Metropole (Moskau) liegt. Vielleicht müßte man auch zwei weitere, östlich von Polen liegende Städte – St. Petersburg (Leningrad) und Kiew – in diese Überlegungen einbeziehen. Es ist hinzuzufügen, daß die beiderseits der Staatsgrenzen bestehenden demographischen Potentiale jeweils etwa 200 Mio. Einwohner umfassen (1).

Zum ersten Mal seit vielen Jahren gibt es eine Chance, die geographische Lage Polens positiv auszunützen. Man muß sich nur einerseits darüber klar werden, wie groß diese Chance ist, andererseits aber, wie notwendig neue infrastrukturelle Investitionen (z.B. in die Verkehrsinfrastruktur und Nachrichtenübermittlung) und vor allem die mit ihrem Ausbau verbundenen finanziellen Aufwände sind.

II. Erfordernisse und Möglichkeiten der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit auf verschiedenen Ebenen

Die Ausnützung dieser Chancen hängt mit einer Verhaltensstrategie in den sog. Grenzregionen (westlichen und östlichen) zusammen, die sich der polnische Staat und seine Gesellschaft zum Muster auswählen. Die einzelnen Aktivitäten sollten sich erst aus den angenommenen allgemeinen Voraussetzungen ergeben. Dies betrifft sowohl die Tätigkeit auf regionaler Ebene – einige Woiwodschaften, die gemeinsamen Anteil an der Realisierung ihrer regionalen Entwicklungsziele nehmen, oder einzelne Woiwodschaften, die ihre entwicklungsorientierte Tätigkeit allein aufnehmen – als auch die Maßnahmen auf lokaler Ebene – Städte und Gemeinden, die ihrerseits lokale Entwicklungsziele realisieren. Hier muß der Autor ausdrücklich bemerken – um mögliche Vorwürfe wegen der zentralistischen Tendenzen in seiner Aussage zurückzuweisen –, daß er überzeugter Anhänger regionaler und insbesondere lokaler Selbstverwaltung ist. Aber in der Überzeugung, daß die richtige Strategie ein so wichtiges Problem der zielgerechten Bewirtschaftung der Grenzgebiete und von so grundlegender Bedeutung für die zukünftige sozio-ökonomische und räumliche Entwicklung Polens ist, ist der Autor der Meinung, daß zwischen dem allgemeinen Interesse des Staates und den einzelnen Interessen das Gleichgewicht bewahrt werden muß, auch wenn diese Interessen im starken Widerspruch zueinander stehen können.

Auf den regionalen und lokalen Ebenen selbst ergeben sich ebenfalls Möglichkeiten, die bisher in der Regel wegen der Undurchlässigkeit der Grenzen vernachlässigten Grenzgebiete

wiederzubeleben. Wie bekannt, hat dies u.a. zu wesentlichen Entvölkerungen der ländlichen Gebiete an der sog. "östlichen Wand" (Ostgrenze) und zu beträchtlichen Verwüstungen in den westlichen Regionen geführt. Gerade jetzt im Zusammenhang mit den Grenzöffnungen ergibt sich für die regionalen und lokalen Gesellschaften in der Entwicklung von Aktivitäten ein weites Feld. Dafür liegen schon erste Beweise vor, so u.a. die Entstehung des Bundes der westlichen Gemeinden, dessen Sitz die Stadt Zielona Góra (Grünberg) ist, oder in der letzten Zeit die Errichtung des Forums der Woiwodschaften an der östlichen Staatsgrenze als auch das ganz spontane Entstehen der Marktplätze in den an den Grenzen liegenden Ortschaften. Es geht dabei darum, diese gesellschaftliche Energie optimal für die Entwicklung der Grenzgebiete auszunützen. Deswegen macht sich das Bedürfnis nach Ausarbeitung von Konzepten der Raumorganisation, die den entsprechenden Rahmen für die breit verstandene soziale und wirtschaftliche Tätigkeit bilden würden, stark bemerkbar.

Es beginnen sich fünf Ebenen der räumlichen Strukturen in den Grenzregionen abzuzeichnen:

- die überstaatliche Ebene,
- die staatliche Ebene,
- die westlichen und östlichen Grenzregionen,
- die westliche und östliche Grenzzone,
- die strategischen Ortschaften und Punkte (die wichtigsten Grenzübergänge).

Das komplexe Konzept der Raumorganisation, das demographische, kulturelle, infrastrukturelle (insbesondere in Verkehr und Nachrichtenübermittlung), ökonomische und ökologische Faktoren berücksichtigen würde, erfordert nach Ansicht des Autors Organisations- und Forschungslösungen auf verschiedenen Niveaus und Feldern.

Sowohl die Tätigkeit der Regierung als auch die der Regionen und Selbstverwaltungen erfordert jetzt und in der Zukunft eine deutliche wissenschaftliche Unterstützung. Nach Ansicht des Autors sollte die polnische Regierung dringend eine Forschungsgruppe mit einem Studium der Entwicklung der Grenzgebiete beauftragen. Es ist auch notwendig, eine breite internationale, grenzüberschreitende Zusammenarbeit, vor allem mit der deutschen Seite, aufzunehmen. Das ist nicht nur persönliche Ansicht des Autors, der sich hier auch an Resultate vieler Diskussionen anlehnt, die

- in drei dieser Problematik gewidmeten Plenarsitzungen des Staatsrates für Raumwirtschaft,
- in der wissenschaftlichen Session des Instituts für Geographie und Raumordnung der Polnischen Akademie der Wissenschaften,
- in gemeinsamen Seminaren der Deutsch-Polnischen Arbeitsgemeinschaft der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL), Hannover, und der Weißrussischen Akademie der Wissenschaften

durchgeführt worden sind.

Darüber hinaus hat das Komitee für Raumforschung der polnischen Akademie der Wissenschaften seine Plenarsitzung, die am

12. Dezember 1991 stattgefunden hat, dieser Problematik gewidmet..

Nach dem Zweiten Weltkrieg, seit Ende der 40er Jahre, wurde der europäische Kontinent in Blöcke geteilt. Man hat den sog. "Eisernen Vorhang" heruntergelassen, der Westeuropa mit einem Teil Südeuropas von dem sich unter der Dominanz der Sowjetunion befindenden Ost- und Zentraleuropa trennte. In Westeuropa (um es zu vereinfachen) fanden sozio-wirtschaftlich-kulturelle Integrationsprozesse statt, deren Ergebnis das Entstehen der Europäischen Gemeinschaft (EG) war. Allmählich verschwanden in diesem Teil des Kontinents die Staatsgrenzen als Barrieren in ihrer früheren Form (2). Das Endziel dieses Prozesses soll wahrscheinlich schon in den Jahren 1992/93 die Entstehung des sog. "Gemeinsamen Marktes" und in den Jahren 1995/97 die gemeinsame Währung sein. Trotzdem wird die Zusammenarbeit in den Grenzgebieten auf der Staats- und Regionsebene hier weiter für zweckmäßig erachtet, weil auf lange Sicht noch nicht alle Grenzprobleme beseitigt werden können. Seit den 50er Jahren war dies ein wichtiger Gegenstand zahlreicher Diskussionen unter den Staaten der Europäischen Gemeinschaft. 1971 wurde die Assoziation der Europäischen Grenzregionen (AGEG) errichtet, die 1991 ihr zwanzigjähriges Jubiläum begangen hat. Das Thema der Jubiläumssitzung lautet: "Rolle der Grenzregionen im Europa 2000" (3).

In den sog. sozialistischen Ländern gab es eine solche grenzübergreifende Zusammenarbeit nur vereinzelt, und sie hatte eher einen formellen Charakter, was mit ihren politischen Organisationsstrukturen zusammenhing, und wurde in eine strenge Kontrolle über Gesellschaften und Menschen eingebettet. Auch haben die wissenschaftlichen Forschungen kein der Wichtigkeit dieser Problematik entsprechendes Niveau erreicht.

III. Räumlicher Umfang der Forschungen

1. Überstaatliche und staatliche Ebene

Die Forschungen sollten auf den schon benannten Ebenen durchgeführt werden:

- der überstaatlichen Ebene,
- der staatlichen Ebene,
- der regionalen Ebene, was die grenznahen Woiwodschaften meint,
- der lokalen Ebene, die sowohl die in der 20–30 km breiten Grenzzone gelegenen Städte und Gemeinden als auch ausgewählte Ortschaften und Punkte strategischer Bedeutung (beispielsweise die wichtigsten Grenzübergänge) umfaßt.

Die überstaatlichen und staatlichen Fragen sind im Grunde genommen schon berührt. Sie betreffen die Zusammenarbeit auf den Ebenen des Europarates und der EG sowie die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Rahmen des Vertrags über gute Nachbarschaft mit der Bundesrepublik Deutschland. Im folgenden soll deshalb stärker auf Probleme der übrigen räumlichen Ebenen eingegangen werden.

Auf polnischer Seite werden folgende Gebietseinheiten und -zonen besonders interessieren:

- a) Grenzregionen, zu denen im Prinzip alle direkt an den Grenzen liegenden Woiwodschaften zählen,
- b) eine sog. Grenzzone, 20–30 km breit, die angrenzende Gemeinden und Städte umfaßt,

- c) strategische Ortschaften und Punkte – das sind hauptsächlich die bestehenden potentiellen Straßen- und Eisenbahngrenzübergänge von etwa 20–30 Ortschaften.

Weiter soll die Aufmerksamkeit den westlichen Grenzregionen an der deutsch-polnischen Grenze gelten:

2. Regionale Ebene

Die westliche Grenzregion erstreckt sich entlang der Grenze mit der Bundesrepublik, von der Ostsee im Norden bis zu den Sudeten im Süden. Die Länge der Landgrenze, die hauptsächlich längs der Flüsse Oder und Neiße verläuft, beträgt 467 km. Zu dieser Region rechnen 4 Woiwodschaften: Szczecin (Stettin), Gorzów (Landsberg), Zielona Góra (Grünberg) und Jelenia Góra (Hirschberg). Sie nehmen gemeinsam eine Fläche von etwa 31 700 km² ein, d.h. 10 % der Fläche Polens, und haben etwa 2,64 Mio. Einwohner (d.h. 6,9 % der Bevölkerung Polens). Die größte Stadt ist Szczecin mit über 400 000 Einwohnern. Außerdem gibt es in diesem Grenzgebiet auf polnischer Seite drei verhältnismäßig große städtische Zentren – Gorzów, Zielona Góra und Jelenia Góra, in denen je etwa 100 000 bis 120 000 Einwohner wohnen. Als ein kulturelles und wirtschaftliches Hinterland dieser Region sind die über 0,5 Mio. Einwohner zählenden Städte Poznań (Posen) und Wrocław (Breslau) zu betrachten, die relativ gute Verkehrsverbindungen sowohl mit dieser Region als auch mit Deutschland sowie mit Zentral- und Westeuropa besitzen.

Das von der deutschen Seite im Frühjahr 1991 durch die Länder Berlin und Brandenburg als Entwurf ausgearbeitete sog. Förderkonzept Oder-Raum (4) sieht als Grenzregion auf der polnischen Seite einen Streifen von 100 km Breite vor, dem auch die Woiwodschaft Legnica (Liegnitz), die keine direkten Verbindungen mit dem Grenzraum hat, eingegliedert würde. Auf der deutschen Seite dagegen wäre dieser Streifen etwa 50 km breit und würde weder Berlin (3,5 Mio. Einwohner) noch Dresden (etwa 0,5 Mio.) umfassen. Diese Städte werden jedoch zweifellos eine große Rolle in der Siedlungsstruktur dieses Gebiets auf der deutschen Seite spielen. Gleichzeitig aber geht man von der Annahme aus, daß der Hafen Szczecin-Swinoujście (Stettin-Swinemünde) hauptsächlich die Stadt Berlin und ihr Hinterland bedienen würde. Nach dem deutschen Konzept sollte die Grenzregion eine Fläche von etwa 21 000 km² einnehmen und würde von etwa 2,3 Mio. Einwohnern bewohnt.

Es ist hier noch zu bemerken, daß die südliche Grenze der westlichen Grenzregion im sog. Dreiländereck zwischen Deutschland, der Tschechoslowakei und Polen verläuft (5). Für dieses Gebiet sind ungeheure Probleme kennzeichnend, die vor allem mit der Verheerung der natürlichen Umwelt und der Luftverunreinigung durch Verbrennungsgase zusammenhängen. Sie wurden durch intensiven Braunkohlenabbau und große Elektrizitätswerke auf Braunkohlenbasis verursacht. Bei westlichen Winden, die hier überwiegen, ist die Situation für Polen sehr ungünstig. Die verunreinigten Luftmassen strömen den polnischen Sudeten – besonders der Gebirgskette Karkonosze – zu, verheeren die Wälder und verunreinigen Gewässer. Im Zusammenhang damit muß die ökologische Situation in diesem Gebiet schnell geregelt werden; das wird eine enge internationale Zusammenarbeit auf allen Ebenen – der staatlichen, der regionalen und der lokalen – erfordern. Der Autor ist der Meinung, daß die Probleme der Zusammenarbeit auf der regionalen Ebene vor der Annahme endgültiger Lösungen auf beiden Ebenen (des Staates und der Regionen) grundsätzlich diskutiert werden müssen.

3. Grenzzone

Zur westlichen Grenzzone auf der polnischen Seite zählen 37 Städte und 34 ländliche Gemeinden. Sie nehmen gemeinsam eine Fläche von 11 200 km² ein und sind von 1,1 Mio. Einwohnern bewohnt. Daraus ergibt sich eine Bevölkerungsdichte von etwa 98 Personen/km², und dies insbesondere durch die Eingliederung der Stadt Szczecin (Stettin) und eines großen Teils ihrer Agglomeration in der Grenzzone. Im Grunde genommen gibt es gegenwärtig noch kein klares Konzept der Zusammenarbeit in der Grenzzone. Dies erfordert eine größere Aktivität der regionalen und lokalen Behörden.

4. Strategische Ortschaften

An erster Stelle ist die Agglomeration Szczecin (Stettin) zu erwähnen, in deren Gebiet sich der Seehafen Szczecin-Swinoujście, der Binnenhafen und der Straßen- und Eisenbahnknotenpunkt, der u.a. den Zugang zur polnischen Meeresküste (Fremdenverkehr) ermöglicht, befinden. Der Hafen Szczecin-Swinoujście erfüllt auch in Polen eine wichtige Verbindungsfunktion zu den Seewegen, nicht nur mit Westeuropa und Deutschland, sondern auch mit aller Welt.

Die nächste Region ist die Region der Ortschaften Frankfurt/Oder-Slubice, in der sich der Straßengrenzübergang Swiecko bei Slubice befindet. Diese Region liegt auf der wichtigsten Bahn- und Straßenstrecke West-Ost: über Berlin nach Westen und über Warszawa nach Osten. Ferner sind bedeutende Straßen- und Eisenbahngrenzübergänge, wie die Region Guben-Gubin, Forst-Zasieki, Olszyna, zu erwähnen.

Im Süden ist das Gebiet Zgorzelec-Görlitz am wichtigsten. Es bildet einen Ausgangspunkt des Land- und Eisenbahnverkehrs, einerseits in die westliche Richtung nach Dresden und weiter, und andererseits in die östliche Richtung über Wrocław (Breslau) – Kraków (Krakau) nach Lwów – Kiew – Odessa (ans Schwarze Meer). Außerdem gibt es schon viele Grenzübergänge von lokaler oder subregionaler Bedeutung oder werden geplant. Unter ihnen kann der Übergang in Kostrzyn (Küstrin), der eine Verbindung mit Berlin erleichtern würde, eine wesentliche Rolle spielen.

Auf den lokalen Ebenen, die sowohl Ortschaften der Grenzzone als auch strategische Ortschaften und Punkte umfassen, tauchen zwei grundsätzliche Fragen auf. Eine davon betrifft die Notwendigkeit, gemeinsame grenzübergreifende Raumordnungspläne oder zumindest Entwicklungskonzepte für die Grenzstädte auszuarbeiten, beispielsweise Frankfurt/Oder-Slubice, Guben-Gubin, Görlitz-Zgorzelec, um die wichtigsten zu erwähnen. Dies ist nach Meinung des Autors eine schwierige, aber doch dankbare Aufgabe sowohl für deutsche und polnische Städteplaner und Architekten als auch für die Organe der lokalen Selbstverwaltung.

Die zweite Frage betrifft die räumliche Organisation und den technischen Ausbau der wesentlichsten Grenzübergänge, insbesondere im Bereich des Landverkehrs. Nach Ansicht des Autors sollte so schnell wie möglich ein Abkommen auf diesem Gebiet zwischen den Regierungen und den entsprechenden Fachverwaltungen Deutschlands und Polens abgeschlossen werden. Es geht um die genaue Bestimmung der Reihenfolge, des Umfangs, der Regeln und der Finanzierung des Ausbaus der Grenzübergänge. Es scheint zweckmäßig zu sein, für zwei bis drei Übergänge, z.B. Swiecko bei Slubice, Olszyna, Görlitz-Zgorzelec, Wettbewerbe – vielleicht auch internationalen Charakters – für das beste Projekt

einer komplexen räumlichen und technischen Entwicklung der Grenzübergänge so schnell wie möglich auszuschreiben.

IV. Schlußbemerkungen

1. Eine Chance für die wirtschaftliche Entwicklung Polens, sowohl auf Makroebene als auch auf der regionalen und lokalen Ebene, hängt mit unserer Fähigkeit zusammen, die Vorteile der geographischen Lage des Landes auszunützen. Dies betrifft insbesondere die Landwirtschaft, die Industrie, den Handel und den Fremdenverkehr. Deswegen wäre es notwendig, eine Strategie der Raumentwicklung und Raumordnung für die Grenzgebiete auf komplexe Weise auszuarbeiten. Komplex bedeutet hier sowohl alle Sachbereiche – von der Ökologie über den Verkehr, die Nachrichtenübermittlung, das Siedlungswesen bis hin zur kulturellen Politik – als auch alle räumlichen Strukturen – die überstaatliche, staatliche, regionale und lokale Ebene. Um dieses Ziel zu verwirklichen, sind Forschungen und Entwicklungskonzepte notwendig. Sie sollten sich in enger internationaler Zusammenarbeit entwickeln – zunächst auf der europäischen Ebene, ferner zwischen den Staaten (insbesondere mit Deutschland), den Regionen (z.B. Bundesländer mit Woiwodschaften, und letztlich auf der lokalen Ebene (zwischen einzelnen Städten oder Gemeinden). Für die Effektivität dieser Zusammenarbeit wird in vielen Fällen gerade die lokale Ebene, wo die Entscheidungen von lokalen Selbstverwaltungen und Gesellschaften getroffen werden, von größter Bedeutung sein. Die Intensität der künftigen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Beziehungen und die Realisierung der gemeinsamen raumordnerischen Lösungen in den Grenzgebieten werden vor allem davon abhängig sein, ob sich die lokalen Gesellschaften und ihre Selbstverwaltungsorgane bereit erklären, im täglichen Leben Hand in Hand zu arbeiten.

2. In diesem Beitrag wird den Verkehrsstrukturen und der Entwicklung der Grenzübergänge so hoher Wert beigemessen, weil – wie es sowohl historische als auch heutige Erfahrungen beweisen – der Umlauf der Ideen, der materiellen Güter und des Personenverkehrs erst ungehemmt stattfinden kann, wenn die Grenzen durchlässig sind. Dies erfordert einerseits entsprechende infrastrukturelle Einrichtungen und Aufwände und andererseits eine ausreichend liberale Politik im Grenzverkehr. Selbstverständlich ist sich der Autor der Gefahren, die bei unkontrollierten Migrationen drohen, bewußt, aber man muß die geeigneten Methoden finden, damit die Möglichkeiten des freien Verkehrs nicht mißbraucht werden.

Anmerkungen

(1) Maly Rocznik Statystyczny 1991 (Kleines Jahrbuch 1991). GUS. – Warszawa 1991

(2) Perspektiven in Europa. Eine Studie von Optionen für eine europäische Raumordnungspolitik – Zusammenfassung –. Hrsg.: Ministerium für Wohnungswesen, Raumordnung und Umwelt. – Den Haag, Niederlande 1991;

The fourth policy document on physical planning in the Netherlands. In: Information a. Documentation Centre for the Geography of the Netherlands. – idg bulletin 1989

(3) Information Brochure published by Association of European Border Regions (AEBR). – Gronau 1991; Institutional Aspects of Cross-Border Cooperation (AEBR). – Gronau 1991

(4)

Förderkonzept Oder-Raum, Auftraggeber: Der Senator für Finanzen Berlin und der Minister für Finanzen Brandenburg. – Berlin, April 1991

(5)

Vorschlag zur Erarbeitung eines Pilotprojekts für die Region "Dreiländereck" (Polen, CSFR, Deutschland) durch EG-Förderung. – Zittau, 28. Januar 1991

*Prof. Dr. habil. Andrzej Stasiak
Vorsitzender des Staatsrates für Raumwirtschaft
Institut für Geographie und Raumordnung
der Polnischen Akademie der Wissenschaften
Handelshochschule
Warszawa*